

Fragen**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Oktober 1999****Verzeichnis der Fragenden**

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baumann, Günter (CDU/CSU)	27, 28	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	9, 10
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine (CDU/CSU)	32, 48	Lengsfeld, Vera (CDU/CSU)	19, 33
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	8, 15	Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (F.D.P.) . .	6, 7
Börnßen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) .	25, 26	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	16, 34
Bühler, Klaus (Bruchsal) (CDU/CSU)	44, 45	Mante, Winfried (SPD)	29, 30
Geis, Norbert (CDU/CSU)	17, 18	Niebel, Dirk (F.D.P.)	23, 38
Goldmann, Hans-Michael (F.D.P.)	21, 22	Nooke, Günter (CDU/CSU)	37, 47
Grund, Manfred (CDU/CSU)	39, 40	Dr. Schuchardt, Erika (CDU/CSU)	4, 5
Dr. Götzer, Wolfgang (CDU/CSU)	31	Siemann, Werner (CDU/CSU)	2, 3
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	35	Dr. Stadler, Max (F.D.P.)	11, 12
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	43	Voßhoff, Andrea Astrid (CDU/CSU)	41, 42
Dr. Hornhues, Karl-Heinz (CDU/CSU)	46	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	36
Janovsky, Georg (CDU/CSU)	13, 14	Wöhrl, Dagmar (CDU/CSU)	24
Klinkert, Ulrich (CDU/CSU)	1, 49	Zierer, Benno (CDU/CSU)	20

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	3
Bundesministerium der Verteidigung	3
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Auswärtiges Amt	4
Bundesministerium des Innern	5
Bundesministerium der Justiz	6
Bundesministerium der Finanzen	7
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	10
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	10
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	11

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter
**Ulrich
Klinkert**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die im Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 3. August 1999 verdeutlichte Tatsache, dass nur die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt in den Jahren 1996 bis 1998 die zur Verfügung stehenden Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur nicht vollständig abgerufen haben?

Bundesministerium der Verteidigung

2. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit auf die Türkei Einfluss zu nehmen?
3. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung des Truppenbetreuungssenders der Bundeswehr für die Einsatzkräfte des deutschen Bosnien-Kontingentes, und ist eine solche Betreuung auch für die Bundeswehrsoldaten im Kosovo in gleichem Umfang geplant wie in Bosnien-Herzegowina?

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4. Abgeordnete
**Dr. Erika
Schuchardt**
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Aussagen von Sachverständigen bestätigen, dass durch eine ambulante Behandlung von Patienten mit Schilddrüsenüberfunktion mit Radiojod anstelle der heute durch die Gesetzeslage in Deutschland quasi vorgeschriebenen, bis zu 14 Tage dauernden, stationären Behandlung Kosten von bis zu 200 Mio. DM jährlich gespart werden könnten?

5. Abgeordnete
**Dr. Erika
Schuchardt**
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass z. B. Holland, Frankreich und Dänemark Radiojodbehandlungen bei Schilddrüsenüberfunktion ambulant durchführen, und hat sie besondere Kenntnisse, die begründen, dass in der Bundesrepublik Deutschland von ambulant behandelten Patienten eine höhere Strahlenbelastung ausgeht?

Auswärtiges Amt

6. Abgeordnete
**Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger**
(F.D.P.)
- Unterstützt die Bundesregierung die weißrussische Opposition im Exil in Litauen, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?
7. Abgeordnete
**Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger**
(F.D.P.)
- Welche diplomatischen Bemühungen unternimmt die Bundesregierung gegen die offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen in Weißrussland, um damit auch ihrem selbstgestellten moralischen Anspruch gerecht zu werden?
8. Abgeordnete
**Sylvia
Bonitz**
(CDU/CSU)
- Ist zutreffend, dass die deutschen Botschaften im Ausland ihren Bürobedarf, vom fehlenden Drucker-kabel bis hin zum Bleistift, nur per Bestellliste über das Auswärtige Amt beschaffen können, und wie wird diese Verfahrensweise in einem Zeitalter, in dem Begriffe wie Budgetierung und Effizienzsteigerung auch in der Verwaltung Einzug gehalten haben, begründet?
9. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung eine mögliche Aufnahme des Rechtes auf die angestammte Heimat, wie es z. B. in der Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 28. April 1998 enthalten ist, in die geplante Grundrechtscharta der Europäischen Union, und ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Bemühungen zu unterstützen?

Bundesministerium des Innern

10. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung die rechtliche und tatsächliche Umsetzung ihrer Absicht vor, die Integration der Spätaussiedler dadurch zu verbessern, „dass individuelle Eingliederungspläne mit den Spätaussiedlern verabredet werden“, wobei „in einer Vereinbarung Rechte und Pflichten bezüglich der sprachlichen und beruflichen Integration verbindlich festgeschrieben werden“ sollen (Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 103 vom September 1999)?
11. Abgeordneter
Dr. Max Stadler
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung eine Änderung der vor kurzem beschlossenen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vor dem Hintergrund einer angekündigten Bundesrats-Initiative der Bayerischen Staatsregierung und von Äußerungen des innenpolitischen Sprechers der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cem Özdemir, in der Haushaltsdebatte vom 15. September 1999, wonach u. a. die Frist von 8 Jahren für Ermessenseinbürgerungen geändert werden soll (Plenarprotokoll 14/54 S. 4760 f.)?
12. Abgeordneter
Dr. Max Stadler
(F.D.P.)
- Wenn ja, in welchen Punkten sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf für den Gesetzgeber?
13. Abgeordneter
Georg Janovsky
(CDU/CSU)
- In welcher Form sind die von der Bundesregierung zugesagten 100 Mio. DM für die Sanierung des Leipziger Zentralstadions in einer ersten Rate für das Jahr 2000 etatisiert?
14. Abgeordneter
Georg Janovsky
(CDU/CSU)
- In welcher Form sind die von der Bundesregierung zugesagten 100 Mio. DM für die Sanierung des Berliner Olympiastadions in einer ersten Rate für das Jahr 2000 etatisiert?
15. Abgeordnete
Sylvia Bonitz
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Zusammenhang mit der anstehenden Einrichtung einer direkten Flugverbindung von Côte d’Ivoire nach Deutschland Dokumentenberater in Côte d’Ivoire einzusetzen, um die Gefahr einer illegalen Einreise von Ivorern nach Deutschland mittels gefälschter Pässe zu reduzieren, und falls ja, ab wann wird dies der Fall sein?

16. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung im Einzelnen die im Vergleich zu sonstigen öffentlichen Bediensteten bessere Behandlung des neuen Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, bei seiner Besoldung nach Westniveau, obwohl ansonsten für Neueinstellungen der Bundesregierung mit Dienstsitz in Ost-Berlin nach der 2. Besoldungsübergangsverordnung ein Ostabschlag vorgenommen wird?

Bundesministerium der Justiz

17. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Liegt der Bundesregierung ein Zwischenbericht der vom Bundesministerium der Justiz im Januar 1998 eingesetzten Kommission „Strafrechtliches Sanktionensystem“ vor, und wenn ja, warum steht dieser Bericht noch nicht dem Parlament zur Verfügung?
18. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Liegt der Bundesregierung ein abschließender Untersuchungsbericht des Max-Planck-Instituts in Freiburg zur „Rechtswirklichkeit und Effizienz des deutschen Rechtsmittelsystems im Strafverfahren unter Berücksichtigung des internationalen Standards“ vor, welcher vom Bundesministerium der Justiz zur Vorbereitung einer Rechtsmittelreform für Strafverfahren in Auftrag gegeben wurde und welcher – wie mit Schreiben der Bundesministerin der Justiz vom 16. April 1999 angekündigt – „im Sommer des Jahres vorliegen wird“, vor, und wenn ja, warum steht dieser Bericht noch nicht dem Parlament zur Verfügung?
19. Abgeordnete
Vera Lengsfeld
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, die vor der Bundestagswahl vom seinerzeitigen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Gerhard Schröder, bei zahlreichen Besuchen von SED-Opferverbänden gemachten Versprechungen (wie z. B. Verbesserungen bei der Höhe der Kapitalentschädigung sowie bei den Leistungen für Hinterbliebene nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, Leistungen für Verschleppte aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße oder Verbesserungen bei der Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden für SED-Opfer) als Gesetzgebungsvorschläge in den Deutschen Bundestag einzubringen?

Bundesministerium der Finanzen

20. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die von deutschen Banken derzeit geübte Verfahrensweise, den vom Kunden der Bank erteilten Freistellungsauftrag automatisch – d. h. ohne vorherige Einholung der Einwilligung des Kunden – für die Zeit ab 1. Januar 2000 zu halbieren, mit der Intention des Bundesgesetzgebers nicht vereinbar ist, wonach die Bestimmung der Höhe des bei der jeweiligen Bank freizustellenden Betrages, die dabei zu beachtende Einhaltung der Höchstbetragsgrenze und die Angabe des Betrages gegenüber der Bank allein in die Initiative und Verantwortung des Kunden und damit in seine Mündigkeit gestellt sind?
21. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit nach dem Verlust des Kapitals für die Altersversorgung von Binnenschiffern durch den Wegfall des halben Steuersatzes auf den Veräußerungsgewinn von verkauften Schiffen die Freibeträge für die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Schiffverkäufen von Binnenschiffern auf 300 000 DM zu erhöhen, um auch in Zukunft den Binnenschiffern die Möglichkeit der Schaffung einer angemessenen Privatrente wieder zu ermöglichen?
22. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(F.D.P.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Schwierigkeiten der Schiffer beim Erwerb neuer Schiffe, die durch den Wegfall der Übertragungsmöglichkeit der stillen Reserve bei der Änderung des § 6b Einkommensteuergesetz (EStG) entstanden sind, mit einer erneuten Änderung des Gesetzes zu beheben?
23. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Plant die Bundesregierung Änderungen der Besteuerung von Flugbenzin, oder sind der Bundesregierung entsprechende Pläne der Länder bekannt?
24. Abgeordnete
Dagmar Wöhrl
(CDU/CSU)
- Warum hat der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, auf der informellen Tagung des ECOFIN-Rates (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister) in Turku vom 10. bis 12. September 1999 verhindert, dass in die Liste der arbeitsintensiven Dienstleistungen, für die künftig ermäßigte Mehrwertsteuersätze zulässig sein sollen, das Gaststättengewerbe aufgenommen wird?

25. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnßen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)
- Sind die Informationen korrekt, nach denen die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Oberfinanzdirektion Hamburg die Schließung des Hauptzollamtes in Flensburg, in dem über 200 Zöllner tätig sind, beabsichtigt, obwohl sich die Umsätze dieses Amtes seit 1988 von 2,5 auf knapp 5,4 Mrd. DM mehr als verdoppelt haben, während die Umsätze der anderen schleswig-holsteinischen Zollämter in Kiel, Lübeck und Neumünster stagniert haben, die Exportquote der Grenzstadt innerhalb der vergangenen zehn Jahre von 27 auf 59 Prozent gestiegen ist und auch nach dem Auslaufen des Schengener EU-Abkommens an der deutsch-dänischen Grenze durch den Außenhandel mit den Staaten der Baltic Sea Region sowie den Golfstaaten Bedarf für ein Hauptzollamt an der Flensburger Förde besteht, oder welches andere Amt ist nach dem aktuellen Stand der Überlegungen von der Schließung mit großer Wahrscheinlichkeit bedroht?
26. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnßen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)
- Nach welchen Kriterien plant die Bundesregierung eines der vier schleswig-holsteinischen Hauptzollämter zu schließen, und in welcher Größenordnung sollen Einsparungen durch eine etwaige Schließung auf Bundes- und Landesebene erreicht werden?
27. Abgeordneter
**Günter
Baumann**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage vieler kleiner und mittlerer ostdeutscher Unternehmen, die vor allem mit einer geringen Eigenkapitalausstattung und mit Liquiditätsproblemen auf Grund schlechter Zahlungsmoral der Kunden zu begründen ist, bereit, deren hohe Investitionsbereitschaft durch eine Erweiterung der Möglichkeit der Umsatzsteuerberechnung nach vereinnahmten Entgelten bis zu einer Höhe von 10 Mio. DM zu fördern?
28. Abgeordneter
**Günter
Baumann**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung darüber hinaus bereit, Existenzgründern generell für fünf Jahre die Umsatzsteuer nach vereinnahmten Entgelten zu ermöglichen?
29. Abgeordneter
**Winfried
Mante**
(SPD)
- Aus welchen Gründen ist der südlich von Guben/Gubin mit EU-Mitteln neu erbaute Grenzübergang (Abfertigungsanlage) zur Republik Polen, der seit Mai 1999 fertiggestellt ist, nicht in Betrieb?

30. Abgeordneter
Winfried Mante
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um eine baldige Inbetriebnahme zu sichern?
31. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Götzer
(CDU/CSU)
- Welche Vorschläge hat die laut Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 21. Juni 1999 angekündigte Arbeitsgruppe dem Bundeskanzler zur Unterstützung der vom Pfingsthochwasser 1999 in Bayern Betroffenen gemacht, und welche in dem Bericht in Aussicht gestellten weiteren Mittel sind bisher zur Verfügung gestellt worden?
32. Abgeordnete
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
(CDU/CSU)
- Welche in der bisherigen, seit 1991 geführten Transferliste der Leistungen des Bundes in die neuen Länder enthaltenen Maßnahmen zugunsten des Landes Berlin sollen im Einzelnen im Bundeshaushalt 2000 gekürzt werden?*)
33. Abgeordnete
Vera Lengsfeld
(CDU/CSU)
- Hat Bundeskanzler Gerhard Schröder im Kabinettsausschuss Neue Länder am 28. September 1999 in Magdeburg zu allen Punkten des von der Bundesregierung vorgelegten sogenannten Sparpakets die Unterstützung und Zustimmung des Landes Sachsen-Anhalt erhalten?
34. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung weitere, über das Sparpaket des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, hinausgehende Einsparmöglichkeiten bei den Förderhilfen für die neuen Bundesländer für möglich, falls die nach Presseberichten mit Billigung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Struck hierzu eingesetzte Arbeitsgruppe innerhalb der Fraktion der SPD solche Vorschläge vorlegt?

*) siehe hierzu auch Frage 48

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

35. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die Baukosten in Großbritannien durch die Umsetzung der sogenannten EU-Baustellenverordnung in nationales Recht zwar um 8 bis 12 Prozent gestiegen, die Unfallzahlen aber nicht zurückgegangen sind, und welche Folgerungen zieht sie ggf. daraus für die Umsetzung dieser Verordnung in der Bundesrepublik Deutschland?
36. Abgeordneter
**Gerald
Weiß**
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen auf die Haushalte der Sozialversicherungen – vor allem der der Krankenkassen, die bei geringen zusätzlichen Beitragseinnahmen neue Ansprüche abzudecken haben – hat die Änderung bei den 630-Mark-Beschäftigungsverhältnissen vom 1. April 1999?
37. Abgeordneter
**Günter
Nooke**
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom April 1999 zu den Sonderversorgungssystemen für Staats- und Systemnahe auf den Bundeshaushalt 2000, und sind die Nachzahlungen beim Zuschuss an die Rentenkassen etatisiert oder in anderer Form berücksichtigt?

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

38. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(F.D.P.)
- Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zum Verzicht auf die Flugleiteranwesenheitspflicht auf kleineren Flugplätzen und zum Wegfall des Flight Informations Service (FIS)?
39. Abgeordneter
**Manfred
Grund**
(CDU/CSU)
- Ist die Kofinanzierung in Höhe von rund 4,9 Mrd. DM für das von der Bundesregierung am 26. Mai 1999 beschlossene Bundesprogramm „Verkehrsinfrastruktur“ zum beschleunigten Ausbau von insgesamt 18 Verkehrsprojekten in den neuen Ländern, in das für den Förderzeitraum 2000 bis 2006 zusätzliche Mittel in Höhe von 3 Mrd. DM aus dem Strukturfonds der Europäischen Union eingestellt werden sollen, durch die Bundesregierung zwischenzeitlich sichergestellt?

40. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen ihrer Entscheidung, die ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt–Halle/Leipzig zurückzustellen, auf die Bundeshauptstadt im Hinblick darauf, dass dadurch gleichzeitig der Lückenschluss der ICE-Strecke München–Berlin entfallen ist und es damit auch zukünftig keine schnelle Schienenverbindung von Berlin aus in Richtung Süden geben wird?
41. Abgeordnete
Andrea Astrid Voßhoff
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, wenn es zu einem Bau des Transrapid von Berlin nach Hamburg nicht kommt?
42. Abgeordnete
Andrea Astrid Voßhoff
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung der Landes Mecklenburg-Vorpommern, wenn es bei der Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans zu dem Ergebnis kommt, dass ein Bau der A 20 durch Mecklenburg-Vorpommern nicht erfolgen soll?
43. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass aufgrund des vorgeschlagenen Straßenbauinvestitionsprogramms 1999 bis 2002 und darüber hinaus die A 6 – wie in der Antwort vom 22. Januar 1999 auf die schriftliche Frage 32 in Drucksache 14/337 durch die Bundesregierung praktisch zugesagt – innerhalb der nächsten zehn Jahre fertiggestellt wird?

Bundeskanzler und Bundeskanzleramt

44. Abgeordneter
Klaus Bühler
(Bruchsal)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass das dem Bundeskanzleramt unterstehende Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in diesem Jahr, in dem der Europarat sein 50-jähriges Jubiläum begeht, ein 220 Seiten starkes „Handbuch zur Europa-Politik“ herausgegeben hat, in dessen Teil 1 „Das demokratische Europa – Europa auf dem Weg ins Jahr 2000“ nur die 15 Mitgliedstaaten der EU genannt werden, der 41 Länder umfassende Europarat aber mit keinem Wort erwähnt wird, nicht einmal in der graphischen Darstellung der „Etappen der europäischen Einigung“ auf Seite 11 und auch nicht unter der allgemeinen Überschrift „Viele Namen für Europa“ auf Seite 15?

45. Abgeordneter
Klaus Bühler
(Bruchsal)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, zählt die Bundesregierung Staaten wie die Schweiz, Norwegen und Island oder die drei neuen NATO-Mitgliedstaaten Tschechien, Ungarn und Polen nicht zum „demokratischen Europa“, oder gibt es andere Gründe für die Nichterwähnung im Teil I der Broschüre?
46. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Hornhues
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Europarat – die älteste und inzwischen gesamteuropäische Organisation – ausreichend gewürdigt wird, wenn ihm in einem 220-seitigen „Handbuch zur Europa-Politik“ nur eine einzige Seite gewidmet wird?
47. Abgeordneter
Günter Nooke
(CDU/CSU)
- Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die Ausgaben im Haushalt 2000 für den Bau des Holocaust-Mahnmals und für die zu gründende Stiftung, die als Bauherr vorgesehen ist?
48. Abgeordnete
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart die Bundesregierung ihre verschiedenen Äußerungen zur „Verstetigung der Mittel für den Aufbau Ost“ mit der von Staatsminister Rolf Schwanitz zwischenzeitlich bestätigten Absenkung der Mittel für den Aufbau Ost um mindestens 2,75 Mrd. DM?
49. Abgeordneter
Ulrich Klinkert
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Einzelmaßnahmen sind verbunden mit den Äußerungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder am 28. September 1999 anlässlich des Kabinettsausschusses Neue Länder in Magdeburg, es werde eine effektivere Investitionsförderung im Osten geben?